

Wachstumsimpulse schaffen, Reformen umsetzen!

Gemeinsame wirtschaftspolitische Positionen
des Maschinen- und Anlagenbaus 2026



Inhalt

Der VDMA im Profil	2
Wachstumsimpulse schaffen, Reformen umsetzen! Vorwort VDMA-Präsident Bertram Kawlath	3
Wirtschaftspolitische Reformen	4
Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik	6
Außenwirtschaft und Freihandel	8
Digitalisierung	10
Europa	12
Fachkräftesicherung und Bildung	14
Forschung	16
Klima und Energie	18
Steuern	20
Technikpolitik	22
Umwelt und Nachhaltigkeit	24
Zukunftsfähiger Staat	26
Weitere Informationen	28

Der VDMA im Profil

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für Innovation, Exportorientierung, Mittelstand und beschäftigt rund drei Millionen Menschen in der EU, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Mit einer Wertschöpfung von rund 270 Milliarden Euro (2024) steuert der Maschinen- und Anlagenbau den höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zum europäischen Bruttoinlandsprodukt der EU-27 bei. Mit Technik für Menschen liefert er Lösungen für die vor uns liegenden vielfältigen Herausforderungen.

Der VDMA vertritt rund 3.500 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und ist damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 35 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt und dem Gemeinwohl in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte Grundlage sind für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmerin und Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



www.vdma.eu

Wachstumsimpulse schaffen, Reformen umsetzen!

Wachstumsimpulse und Modernisierung sind für Deutschland so dringend wie selten zuvor. 2026 muss die wirtschaftliche Krise überwunden und eine neue Dynamik entfacht werden. Dazu ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Europa auf allen Ebenen ins Zentrum zu rücken. Es braucht die Umsetzung durchdachter wirtschaftspolitischer Reformen statt kleinteiligem Krisenmanagement!

Nur mit wirtschaftlicher Stärke können wir die vielfältigen ökonomischen, gesellschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen selbstbewusst und selbstbestimmt meistern. Dem Standort muss durch eine grundlegende Überarbeitung der Regulierung hin zu Innovationsfähigkeit und Praktikabilität sowie den Abbau unnötiger Bürokratie neuer Schwung verliehen werden. Die demografische Entwicklung erfordert tragfähige Staatsfinanzen, nachhaltige Reformen in den Sozialversicherungen und einen flexibleren Arbeitsmarkt. Automatisierung und Digitalisierung leisten einen wichtigen Beitrag zur Linderung des Arbeitskräftemangels. Hier steht der Maschinen- und Anlagenbau ebenso als Lösungsanbieter bereit wie für die klimaneutrale Transformation und viele weitere Zukunftstechnologien.



Wir brauchen verlässliche und gute Rahmenbedingungen für alle Unternehmen, Technologieoffenheit sowie grundsätzlich mehr Vertrauen in Marktkräfte und Unternehmertum. Unsere konkreten Forderungen für Wachstumsimpulse und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stehen auf den folgenden Seiten. Dies ist eine Einladung zum konstruktiven Dialog und zur gemeinsamen Umsetzung an Politik und Gesellschaft. Nur durch gemeinsame Kraftanstrengung können wir wirtschaftliche Stärke zurückgewinnen und unsere Freiheit, unsere soziale Marktwirtschaft, unseren Wohlstand und unsere demokratische Grundordnung sichern.

Bertram Kawlath
VDMA-Präsident

Wirtschaftspolitische Reformen

Daten und Fakten

- Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands
 - Deutschland im Jahr 2025 auf Rang 19 von 69 untersuchten Ländern im IMD World Competitiveness Ranking¹; Abwärtstrend seit 2014 (Rang 6); Steuerpolitik besonders schlecht (Rang 61)
 - Negative Entwicklung der Wettbewerbsposition des Verarbeitenden Gewerbes (VG) seit 2017, unterdurchschnittlich im EU-Vergleich²
 - Mehr als jedes dritte Industrieunternehmen sieht Rückgang seiner Wettbewerbsfähigkeit ggü. Ländern außerhalb der EU²
- Zunehmende Anzeichen für strukturelle Schwäche des Standorts Deutschland
 - Wertschöpfungsanteil des VG am BIP ist von 2016 bis 2024 um 2,6 Prozentpunkte gesunken³
 - Schwache Entwicklung der Investitionen⁴
 - Rückgang der Industrieproduktion; positivere Entwicklung der Bruttowertschöpfung, aber seit 2023 ebenfalls mit abnehmendem Trend⁵
 - Zunahme der Insolvenzen im VG am aktuellen Rand
- Schwache Entwicklung des Produktionspotenzials⁶
 - Rückgang des realen Potenzialwachstums von jährlich ca. 2–3 % von 1970 bis Anfang der 1990er Jahre über 1,4 % zwischen 1995 und 2018 auf durchschnittlich rund 0,6 % seit 2019
 - Dämpfende Effekte durch Verknappung des Arbeitsvolumens und schwächeres Produktivitätswachstum
- Conference Board Measure of CEO Confidence™ für Europa 2025
 - Zurückhaltung bei Investitionen in Europa, während mehr Investitionen in den USA geplant werden
 - Vereinfachung der Regulierung als wichtigste Stellschraube für Wettbewerbsfähigkeit
- Handlungsbedarf aus Unternehmenssicht (Top 5):⁷ Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen, Infrastruktur modernisieren, Bildungsinvestitionen steigern, Steuer- und Abgabenlast senken

VDMA-Position: Strukturreformen anpacken

Der Wirtschaftsstandort Europa hat Kostennachteile und steht vor enormen Herausforderungen: Klimaneutrale und digitale Transformation, Demografie sowie geopolitische Konflikte. Statt kurzfristigem Krisenmanagement ist die langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit durch strukturelle, breitenwirksame Reformen sicherzustellen. Dazu braucht es politische Entschlossenheit und die schnelle Umsetzung konkreter Maßnahmen. Ankündigungen und Kommissionen genügen nicht.

- Bürokratieabbau zügig und konkret umsetzen
 - Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
 - Entlastung bei Berichts- und Dokumentationspflichten, insb. für KMU
 - Regulatorik konsequent auf Praktikabilität und Konsistenz prüfen
- Steuer- und Sozialsystem reformieren
 - Niedrigere Unternehmenssteuern, dauerhafte degressive Abschreibung, Verbesserung der Verlustverrechnung
 - Entlastung des Faktors Arbeit
- Fachkräfte sichern
 - Vollständige Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch Bildung, Weiterbildung, Kinderbetreuung, verlängerte Wochen- und Lebensarbeitszeit und Anreizkompatibilität der sozialen Sicherung
 - Automatisierung zur Entlastung von Fachkräften nutzen
 - Zielgenaue, qualifikationsorientierte Fachkräftezuwanderung
- Infrastruktur ausbauen
 - Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen
 - Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieinfrastruktur
 - Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Freihandel ermöglichen
 - Freihandelsabkommen und internationale Partnerschaften zur Diversifizierung von Lieferketten einsetzen
 - Technologiesouveränität durch wechselseitige Abhängigkeiten
- Marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung stärken
 - Strukturwandel nicht blockieren; Markteintritte und -austritte sowie Jobwechsel ermöglichen
 - Schwarmintelligenz durch unternehmerische Freiheit nutzen
 - Unternehmen nicht aus Haftung und Verantwortung nehmen
 - Keine marktferne Dauersubventionierung

1 Quelle: International Institute for Management Development (IMD)

2 Quelle: ifo-Institut 2024

3 Quelle: Weltbank, OECD

4 Quelle: Eurostat

5 Quelle: Statistisches Bundesamt

6 Quelle: SVR, Jahresgutachten 2025/26

7 Quelle: VDMA-Konjunkturerhebung, Q3/2024

Arbeitsmarkt und Tarifpolitik

Daten und Fakten

- Deutschland ist einer der teuersten EU-Maschinenbau-Standorte
 - Arbeitskosten pro Stunde (2023)¹ 51,40 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2021)²
 - Maschinenbau im Durchschnitt 26,6 %
 - Maschinenbau-Fachzweige von 18,0 % bis 33,8 %
- Beitragssatz in der Sozialversicherung (2025)³ 41,9 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2024)² 71.316 €
- Langzeitarbeitslose (%) der Erwerbsbevölkerung⁴

	2024	2010
– Deutschland	0,9 %	3,2 %
– EU (27)	1,9 %	3,9 %
- Hohe Bedeutung der Stammbelegschaft im Maschinenbau (2024)²
 - Anteil der Normalarbeitnehmer 91,5 %
 - Anteil geringfügig Beschäftigter 0,7 %
- Zeitarbeit
 - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit⁵
 - Zeitarbeitsquote (2024)² 2,3 %
 - Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 65 %
- Demografischer Wandel⁶ 2024 2005
 - Anteil Erwerbstätige Mindestalter 55 Jahre 26,3 % 14,3 %
- Kurzarbeiter im Maschinenbau (2024)⁷ 45.000
- Tarifbindung der VDMA-Mitgliedsunternehmen (2025)⁵

– Mit Tarifbindung	37 %
– Davon Flächentarifvertrag	73 %
– Davon Haustarifvertrag	27 %
– Ohne Tarifbindung	63 %
– Orientierung an oder Bezugnahme auf Tarifverträge(n)	72 %
– Anteil Unternehmen mit Betriebsrat	62 %

1 Quelle: Eurostat; teurer sind nur Dänemark (53,80 €) und Niederlande (52,40 €)
2 Quelle: Statistisches Bundesamt
3 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
4 Quelle: Eurostat
5 Quelle: VDMA
6 Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus
7 Quelle: Bundesagentur für Arbeit

VDMA-Position: Reformen für Wachstum und Beschäftigung

- Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit steht unter Druck: Demografischer Wandel, steigende Lohnnebenkosten und starre Regulierungen gefährden Wachstum und Beschäftigung. Die Sozialabgabenquote hat ein Rekordniveau erreicht und steigt weiter – jeder zusätzliche Beschäftigte wird dadurch teurer, Investitionen in Innovation und Wachstum werden erschwert. Gleichzeitig hemmen überholte arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen die notwendige Flexibilität für moderne Arbeitsformen und den Einsatz digitaler Technologien. Nur durch substanzielle Strukturreformen in den Sozialversicherungen und auf dem Arbeitsmarkt können wir Beschäftigung sichern und Wohlstand erhalten.**
- Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent
 - Versicherungsfremde Leistungen reduzieren und vollständig aus Steuermitteln finanzieren
 - Kapitalgedeckte Elemente in allen Sozialversicherungszweigen einführen und Eigenbeteiligungen erhöhen
 - Reform der Rentenversicherung
 - Regelaltersgrenze an die steigende Lebenserwartung koppeln
 - Vorzeitiger Rentenbezug max. 3 Jahre vor der Regelaltersgrenze und nur mit anreizneutralen Abschlägen
 - Attraktivität von Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung erhöhen
 - Arbeitszeitgesetz anpassen: Ruhezeiten flexibilisieren, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit, Vertrauensarbeitszeit erhalten
 - Keine Eingriffe in die Tarifautonomie, z. B. durch Tariftreueeregulungen
 - Hürden abbauen und Beschäftigung erleichtern
 - Lockerung bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Vorbeschäftigungsverbot abschaffen
 - Ausweitung der Überlassungshöchstdauer nach dem AÜG
 - Zeitarbeitsverbot in der Fachkräfteinwanderung abschaffen
 - Verbindliche Fristen bei beruflicher Anerkennung
 - Keine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
 - Mobiles Arbeiten, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen immer individuelle Lösungen sein
 - Werk- und Dienstverträge als Grundlage für arbeitsteilige Innovationsnetzwerke fördern

Außenwirtschaft und Freihandel

Daten und Fakten

- Ausgeprägte internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft

	2024	2005
– Exportanteil am BIP ¹	35,8 %	37,3 %
– Importanteil am BIP ¹	30,2 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2023)	1.618 Mrd. €	
 - Deutsches Exportvolumen insgesamt (2024) 1.550 Mrd. €
 - Maschinenbau (2024)²:

– Exportvolumen	202 Mrd. €
– Exportquote ³	83,9 %
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	114,9 Mrd. €
– Welthandelsanteile (2024) ⁴	
China	20 %
Deutschland	14 %
USA	9 %
 - Deutschland Weltmarktführer in 8 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus, darunter Antriebstechnik, Landtechnik, Werkzeugmaschinen und Fluidtechnik
 - Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2023) 57,6 Mrd. €
 - De-Globalisierung (Handelskrieg zwischen der EU und dem Rest der Welt) schadet allen⁵

– BIP-Rückgang	
Deutschland	6,9 %
EU ohne Deutschland	4,9 %
Rest der Welt	1,5 %
– Produktionsrückgang Maschinenbau in Deutschland	19,5 %
 - Exportkreditgarantien des Bundes (2024)⁶

– Summe (Exporte in 143 Länder)	17,2 Mrd. €
– Neu gedeckte Ausfuhrgeschäfte mit Kreditlaufzeiten von 1-5 Jahren (insb. Small Tickets)	400 Mio. €
– Jahresergebnis Euler Hermes	-524 Mio. €

1 Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte
 2 Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA
 3 Export in Prozent der Produktion
 4 Quelle: Nationale Statistikämter, VDMA; Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer
 5 Quelle: IfW, IMPULS-Studie: Lieferketten nach Corona, 2020; Verdopplung der nicht-tarifären Handelshemmnisse
 6 Quelle: Euler Hermes, BMWK

VDMA-Position: Freihandel und Resilienz stärken

Der wirtschaftliche Erfolg in Europa basiert auf offenen Märkten. Allein in Deutschland hängt nahezu jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, sind Freihandelsabkommen gerade für mittelständische Unternehmen unerlässlich. Sie tragen wesentlich zur Sicherung des Wohlstands, zur Diversifizierung der Handelsbeziehungen und damit zur wirtschaftlichen Resilienz Europas bei.

- Freihandel stärken
 - Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Indonesien verabschieden, Freihandelsabkommen mit Indien abschließen, Gespräche mit Thailand und Malaysia intensivieren
 - Freihandelsabkommen nicht mit umwelt- und sozialpolitischen Vorgaben und Zielen überfrachten
 - De-Risking China
 - Handelsschutzinstrumente wie Antidumping- und Subventionsverfahren nutzen
 - Abhängigkeit durch diversifizierten Handel reduzieren
 - Exportkontrollstrategie gegenüber China erarbeiten und Genehmigungsverfahren beschleunigen
 - Maschinenbau von sektoralen US-Zöllen befreien
 - Extraterritoriale Sanktionen weltweit bekämpfen
 - EU-Unternehmen vor Auswirkungen bestmöglich schützen
- Exportförderung wettbewerbsfähig gestalten
 - Finanzierung und Kreditgarantien zusammenbringen
 - Klimapolitische Sektorleitlinien reformieren
 - Auslandsmesse- und Markterschließungsprogramm stärken und nachfrageorientiert ausrichten
 - Erleichterung von Arbeitseinsätzen in der EU
 - Meldevorschriften in den EU-Mitgliedstaaten vereinheitlichen, Bürokratie reduzieren
 - Einseitige Abhängigkeiten bei strategisch relevanten Technologien und kritischen Rohstoffen minimieren
 - Nicht preisbezogene Kriterien (z. B. Resilienz) in öffentlicher Vergabe berücksichtigen
 - Rohstoffpolitik verfolgen, die auf Diversifizierung, Recycling und den Aufbau europäischer Kapazitäten setzt

Digitalisierung

Daten und Fakten

- Digitalisierungsindex (DESI)¹
 - Finnland (Platz 1) 92,51
 - Deutschland (Platz 7) 79,87
 - Frankreich (Platz 20) 68,45
 - EU-Durchschnitt 72,91
- Anteil der Maschinenbauer mit einem erheblichen Sicherheitsvorfall²
 - Bis 249 Mitarbeiter 3 %
 - 250 bis 500 Mitarbeiter 41 %
 - 500 bis 1.000 Mitarbeiter 38 %
 - Mehr als 1.000 Mitarbeiter 28 %
- Anteil der Glasfaserverbindungen an den gesamten stationären Breitbandanschlüssen³
 - Island 93,2 %
 - OECD-Durchschnitt 46,9 %
 - USA 26,5 %
 - Deutschland 13,7 %
- Innerhalb der deutschen Wirtschaft weist der Maschinenbau einen überdurchschnittlich hohen Digitalisierungsgrad auf⁴
- Mangel an IT-Fachkräften wird als größtes Hindernis gesehen⁵
- Über 52 % der befragten Maschinenbauunternehmen (N=165) sehen einen starken bis sehr starken Einfluss auf das eigene Geschäftsmodell durch KI-basierte Produkte und Dienstleistungen bis 2028⁶
- Bis 2028 wollen über 90 % der befragten Unternehmen (N=195) KI-Lösungen für Prozesse oder Produkte/Services einführen⁶
 - Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal ist für die Unternehmen nach wie vor die größte Hürde für den KI-Einsatz (45 %, N=144)⁶

VDMA-Position: Digitalisierung forcieren, Regulierung konsolidieren

Digitalisierung schafft Potenziale für intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik müssen wachsende Anforderungen an Forschung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt und die digitale Souveränität gestärkt werden. Ziel muss es sein, einen digitalen EU-Binnenmarkt zu schaffen und Europa als Leitmarkt und -anbieter zu positionieren.

- Stärkung digitaler Souveränität durch Innovationsanreize
- Verbesserte Koordination der Initiativen: Digitalisierung europäisch, besser noch global denken
- Einheitliche innovations- und industrie-freundliche Rahmenbedingungen im EU-Binnenmarkt u. a. für Datenwirtschaft, KI; Hochsichere und zukunftsweisende Konnektivität
- Aufbau und Etablierung eines föderativen Datenökosystems für das produzierende Gewerbe („Manufacturing-X“)
- Sicherstellung der europäischen Versorgung mit Halbleiterbauelementen für die Industrie (insb. mit Strukturgröße > 28nm)
- Digitales Immunsystem bürokratiearm gestalten und Entbürokratisierung von überbordenden Meldepflichten für KMU
- Cyberresilienz und Cyberabwehr für NIS2-KMU aktiv fördern und stärken und dem BSI genügend Ressourcen für die Unterstützung der von NIS2 betroffenen Wirtschaft zur Verfügung stellen
- Nutzung maschinenbezogener Daten absichern; DSGVO anpassen
- Forschung zur Digitalisierung der Industrie stärken (z. B. durch breitenwirksame Innovationsplattformen, grenzüberschreitende Testumgebungen)
- Sichere digitale Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark für die Industrie ausbauen und sicherstellen
- Effizienten Datenzugriff und Nutzung von offenen und neutralen Standards (z. B. OPC UA) fördern und europaweit stärken
- Normen und Standards sind Schlüssel zur Umsetzung: Zusammenwirken von konsensbasierter Normung und konsortialer Standardisierung stärken; branchenübergreifende Harmonisierung von Standards zur Sicherstellung der Interoperabilität, z. B. OPC UA
- Digitale Identitäten für juristische Personen bereitstellen

¹ Quelle: EU-Kommission 2025; KMU, die zumindest ein Grundmaß an digitaler Nutzung aufweisen, Anteil der Unternehmen in %

² Quelle: VDMA-Studie: Industrial Security und Produktpiraterie 2024

³ Quelle: OECD Breitbandstatistik 2024

⁴ Quelle: BMWK 2025; Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland; Elektrotechnik und Maschinen- und Fahrzeugbau mit 160,4 (Ø 112,5)

⁵ Quelle: VDMA-Studie: Führung u. Innovation in Zeiten der Digitalisierung, 2018

⁶ Quelle: VDMA-Report Künstliche Intelligenz im Maschinenbau, 2025

Europa

Daten und Fakten

- Europäischer Maschinenbau (EU 27) als Garant für Wohlstand¹
 - Bruttowertschöpfung (2024) ca. 270 Mrd. €
 - Beschäftigte 3 Mio.
 - Anteil der KMU 97 %
 - Maschinenabsatz im Binnenmarkt (2024)² ca. 710 Mrd. €
- Deutscher Anteil am Maschinenbau-Umsatz der EU 27² 41 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 27³ 89,0 Mrd. €
 - Nach Frankreich 13,7 Mrd. €
 - Nach Italien 9,3 Mrd. €
 - Nach Polen 8,9 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 27⁴ 18,6 Mrd. €
- EU-Reportingpflichten für deutsche Maschinenbauer⁵
 - 1100 der bürokratischen Vorgaben beruhen auf EU-Recht
 - 28,3% der Rechtsvorschriften beruhen auf EU-Recht
- Staatsverschuldung von EU-Ländern (2024/2025 Schätzung)⁶
 - Europäische Union (27) 82,0 % / 82,8 %
 - Deutschland 62,2 % / 63,5 %
 - Frankreich 113,2 % / 116,3 %
 - Italien 134,9 % / 136,4 %
- Regulierungsinitiativen der EU-Kommission (2019 – 2024)⁷
 - Vorgeschlagene Verordnungen 416
 - Vorgeschlagene Richtlinien 135
 - Verabschiedete delegierte Rechtsakte 812
 - Verabschiedete Durchführungsrechtsakte 4943
- Bürokratiekosten für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau durch EU-Entsende und Durchsetzungsrichtlinie (205.000 Entsendungen pro Jahr)⁸ 31 Mio. €

VDMA-Position: Europas industrielle Basis stärken

Die EU ist als Heimatmarkt, Wertegemeinschaft und globaler Player für den Maschinenbau von sehr großer Bedeutung. Angesichts globaler Verwerfungen und wirtschaftlicher Probleme hat die EU die Wettbewerbsfähigkeit wieder zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Umsetzung kommt aber noch nicht schnell genug voran. Mit konkreten Maßnahmen muss die EU jetzt die industrielle Basis in der Breite stärken.

- Industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken durch Schaffung von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie
- Vereinfachung des EU-Regulierungsrahmens aktiv und schnell vorantreiben
 - Widersprüchliche und unverhältnismäßig belastende Regulierungen abschaffen
 - Neue Regulierung nur, wenn Bedarf durch die EU-Kommission nachgewiesen wird und Gesetzesfolgeanalyse unverhältnismäßige Belastungen ausschließt
 - Detailregulierung vermeiden, Raum für Innovationen lassen
- Angekündigte Vertiefung des EU-Binnenmarkts zeitnah umsetzen
 - Hindernisse für freien Waren- und Dienstleistungsverkehr effektiv abschaffen
 - Entsendung von Mitarbeitern in Europa erleichtern
 - Beihilferecht nicht weiter aushöhlen; innereuropäische Subventionswettläufe vermeiden
 - Kapitalmarktunion vorantreiben
- Europas wirtschaftliche Sicherheit stärken
 - Einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren
 - Freihandel als Resilienzstrategie nutzen
 - Förderung von „strategisch relevanten Technologien“ nur in eng begrenzten Ausnahmefeldern zulassen
- Europa krisenfest und handlungsfähig machen
 - Einstimmigkeitserfordernis schrittweise abschaffen
 - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
 - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren; Arbeitsmarkt/Sozialpolitik national regeln
- Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

1 Quelle: Eurostat, Schätzungen, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
2 Quelle: Eurostat, VDMA-Schätzung, 2023
3 Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA, 2024
4 Quelle: Deutsche Bundesbank, 2023
5 Quelle: IfM, Impuls-Studie: Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau – Folgestudie, 2025
6 Anteil am BIP; Quelle: Herbstprognose 2024 Europäische Kommission
7 Quelle: Gesamtmittel
8 Quelle: VDMA

Fachkräftesicherung und Bildung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist der wichtigste Arbeitgeber für Ingenieur/innen
 - Insgesamt ca. 190.000
 - Anteil der Ingenieur/innen an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt¹ 17 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten (Hochschulen für angewandte Wissenschaften)²
 - Maschinenbau/Verfahrenstechnik 33 % (32 %)
 - Elektrotechnik/Informationstechnik 44 % (44 %)
 - Informatik 42 % (30 %)
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2024)³ 5,5 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2024)³ 36,9 %
 - Unternehmen, die allen oder fast allen Auszubildenden ein Übernahmeangebot gemacht haben⁴ 86 %
 - Unternehmen, die zum Ausbildungsstart im Herbst 2025 alle Ausbildungsplätze besetzen konnten⁴ 45 %
- Engpässe bei Fachkräftegewinnung
 - Vakanzzeit (Tage)⁵: Maschinenbau und Betriebstechnik (209), MINT-Berufe (210), Informatik (165)
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - Schulabgänger/innen ohne Abschluss (2024)⁶ ca. 62.000 (8 %)
 - Rund 260.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁶
 - 490.000 ausländische Studierende in Deutschland⁶
 - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2024/2025⁶ 27,3 %
 - Anteil der 20-35-Jährigen ohne Berufsabschluss⁷ 19 %

VDMA-Position: Fachkräfte sichern und qualifizieren

Qualifizierte Mitarbeitende sind Erfolgsgaranten für Unternehmen. Laut VDMA-Umfragen stellt der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel – trotz Rezession – eines der größten Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit dar. Es müssen mehr Menschen aus dem In- und Ausland für technische Berufe, Studiengänge und Weiterbildung begeistert und gewonnen werden. Automatisierung macht Fachkräfte nicht überflüssig, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Linderung des Arbeitskräftemangels.

- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Schulfach Technik einführen, IKT-Kompetenzen (z. B. KI, Digitalisierung) und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung stärken, Facharbeit wertschätzen
 - Bürokratie abbauen – Schulen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
 - Qualität der Lehre verbessern, Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - IKT-Kompetenzen steigern
 - Praxisbezug stärken: Duales Studium fördern
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Kompetenzen zu IKT und neuen Antriebstechniken vermitteln
 - Berufsschullehrkräfte und Ausbilder/innen weiterqualifizieren
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Mehr junge Leute zum Schulabschluss führen
 - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeitende länger beschäftigen
- Ausländische Potenziale
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschland für qualifizierte Zuwanderung erhöhen
 - Bürokratie bei der Fachkräfteeinführung abbauen; Zeitarbeit für die Vermittlung zulassen

1 Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2025

2 Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2020

3 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB, 31.12.

4 Quelle: VDMA Umfragen 2024

5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2024

6 Quelle: Statistisches Bundesamt

7 Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Forschung

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland¹ 68,5 %
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2024¹ (Anteil Maschinenbau) 92,5 Mrd. € (8,4 %)
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2013 und 2023¹ 28,5 %
- Staatlicher Anteil bei FuE-Aufwendungen des Maschinenbaus¹ 4,8 %
- Hohe Innovationskraft des deutschen Maschinenbaus
 - Innovationsaufwendungen² 18 Mrd. € (5,4 % vom Umsatz)
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen² 70 %
 - Branchenumsatz mit Produktneuheiten² 15 %
- Deutschland ist attraktivster FuE-Standort für den Maschinenbau; Leistungsstärke der Ingenieurwissenschaften am besten beurteilt³
- 46 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen; Geschätzter Schaden: 4,1 Mrd. Euro jährlich⁴
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen⁵
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt⁶
 - Deutschland 19 %
 - USA 18 %
 - Japan 13 %
- Forschungszulage im Maschinenbau⁷
 - 75 % der Unternehmen im Maschinenbau nutzen die Forschungszulage

VDMA-Position: Zukunft produzieren

Forschung und Innovation sind für die Zukunft des Industriestandorts Europa unverzichtbar. Nur so können Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht Lösungen für die globalen Aufgaben unserer Zeit. Hierfür brauchen die Unternehmen einen wettbewerbsfähigen Standort und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine themenoffene und breitenwirksame Forschungsförderung, ebenso wie die Sicherung der Fachkräftebasis für Forschung und Innovation.

- Einbindung der Industrie sowie von Start-ups als Umsetzungspartner, Verankerung von Produktionstechnologien sowie Stärkung von Transferstrukturen in der Hightech Agenda Deutschland
- Vermeidung von Dopplungen bei Förderinstrumenten, sodass ein stimmiges Angebot für Unternehmen entsteht und Effizienzreserven gehoben werden
- Stärkung des Erfolgsmodells „Forschungszulage“: Effiziente, bürokratiearme Verfahren, Entdeckung und höherer Fördersatz
- Zukunftsfeste Weiterentwicklung und nachhaltiger finanzieller Ausbau auf 300 Mio. Euro der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF)
- Stärkung der Produktionsforschung als Voraussetzung für Skalierung, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität
- Effizienter Ergebnistransfer, der allen Unternehmen Zugang zu gefördertem Wissen verschafft; Verbände sind als Multiplikator dafür Erfolgsgaranten
- Entwicklung von Leitplanken, um den ungewollten Abfluss von wettbewerbsrelevantem Wissen aus der öffentlich finanzierten Forschung zu vermeiden
- Berücksichtigung von industriellen Schlüsseltechnologien im 10. EU-Forschungsrahmenprogramm und im EU-Wettbewerbsfonds (ECF) sowie Einbindung der Industrie
- Gezielte Unterstützung, Vernetzungsplattformen und unbürokratische Förderprogramme für Startups, die den Zugang zu Industriepiloten, gemeinsame Innovationsprojekte und den Wissenstransfer unterstützen
- Stärkung der gewerblichen Schutzrechte durch verbesserte administrative und juristische Rahmenbedingungen, Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

¹ Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, 2023
² Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) 2023
³ Quelle: VDMA Umfrage 2024
⁴ Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2024
⁵ Quelle: VDMA Schätzung
⁶ Quelle: Europäisches Patentamt 2024
⁷ Quelle: ZEW, BSFZ 2025

Klima und Energie

Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2021)¹
 - Maschinenbau 0,9 %
 - Kraftwagen und Kraftwagentheile 0,6 %
 - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 4,8 %
- Emissionspreise (tCO₂e)⁴
 - Schweden (ETS + Carbon Tax) 145 €
 - Europäische Union 45 €
 - Kanada 57 €
 - China 10 €
 - Japan 1,75 €
- Mit modernsten Klimaschutztechnologien aus dem Maschinenbau können bis zu 86 % der Emissionen in den OECD- und BRICS-Ländern vermieden werden⁵
- Marktgrößen deutscher Maschinen und Anlagenbausegmente²
 - Off-Highway (mobil) 22 Mrd. €
 - Gebäude 60 Mrd. €
 - Automatisierung 75 Mrd. €
 - Greentech, Antrieb, Energie 86 Mrd. €
 - Sonstiger Maschinen- und Anlagenbau 123 Mrd. €
- Strompreise/Gaspreise (kW/h) für die Industrie, 1. Halbjahr 2025³
 - Finnland 0,10 € / 0,12 €
 - Deutschland 0,27 € / 0,09 €
 - Italien 0,27 € / 0,07 €
 - Frankreich 0,19 € / 0,08 €

VDMA-Position: Transformation als Chance begreifen

Nachhaltig veränderte Kostenstrukturen sind ein klares Signal, die Transformation weg von fossilen Energieträgern zu beschleunigen. Der Maschinenbau ist auf einem ambitionierten Zielpfad, als Lösungsanbieter ebenso wie als Verbraucher. Der entbrannte Wettbewerb um Transformationsmärkte muss fair geführt werden. Die globale CO₂-Bepreisung bleibt als das effiziente Leitinstrument zur Erreichung der Klimaziele anzustreben.

- Von der Stromwende zur Energiewende:
 - technologieneutral, energieeffizient, sektorübergreifend und digital
 - Europäischen Energiebinnenmarkt voranbringen
 - Energieeffizienz ist zentraler Bestandteil der Energiewende
 - Energiemarktdesign für Transformation und Versorgungssicherheit reformieren
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Wettbewerbsfähigkeit des Maschinenbaus ausbauen durch Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz; neue Lösungen müssen auch eine Weltmarktperspektive haben
- Die EU muss bei der Nutzung von Carbon Credits gemäß Artikel 6 des Pariser Vertrags, hohe Qualitätsanforderungen stellen; Fokus bei der Ausgestaltung der Kriterien muss auf technischer Emissionsminderung liegen
- Übergang des nationalen Brennstoffemissionshandels in den EU-ETSII für Wärme und Verkehr muss ohne Marktverwerfungen erfolgen; EU-ETSII darf durch preisdämpfende Maßnahmen nicht in seiner mittelfristigen Wirkung eingeschränkt werden
- Entlastung von Energiekosten durch Reform der Netzentgelte vorantreiben; kein pauschaler, dauersubventionierter Industriestrompreis
- Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Energiewendetechnologien als strategisch bedeutsam einstufen; Rohstoffversorgung sicherstellen, Wertschöpfungsketten stabilisieren; unfairem Handel mit geeigneten Instrumenten (z. B. Präqualifizierungskriterien bei Ausschreibungen) begegnen
- Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlicher Vergabe berücksichtigen

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt

² Quelle: BDI, BCG, IW: Transformationspfade für das Industrieland Deutschland, 2024

³ Quelle: Eurostat, monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500–2.000 MWh Jahresverbrauch

⁴ Quelle: Weltbank & Bundesumweltamt

⁵ Quelle: BCG & VDMA: For Machinery Makers, Green Tech Creates Green Business, 2020

Steuern

Daten und Fakten

- | | 2025 ¹ | 2008 | 1998 |
|------------------------------------|-------------------|--------|--------|
| • Staatsquote ² | 50,3 % | 43,7 % | 48,3 % |
| • Abgabenquote ² | 40,9 % | 39,6 % | 42,3 % |
| • Steuerquote ² | 23,8 % | 24,3 % | 23,1 % |
| • Schuldenstandsquote ² | 62,7 % | 65,9 % | 59,4 % |
| • Zinssteuerquote ³ | 4,8 % | 11,3 % | 15,5 % |
- Gewerbesteuer⁴
 - Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz
 - Rund 11 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens
 - Hauptlast bei Einkommensteuer liegt auf wenigen Schultern⁴: Bei Einkünften ab 107.688 € tragen 10 % der Steuerpflichtigen ca. 56 % vom Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer
 - Ertragsteuerbelastung einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2024⁵
 - Deutschland 29,9 %
 - OECD-Durchschnitt 23,7 %
 - Von den Industriestaaten hat nur Japan mit 30,42 % eine höhere Nominalbelastung als deutsche Kapitalgesellschaften⁶
 - Veränderung der nominalen Steuersätze von 2008 bis 2022 in Prozentpunkten⁷
 - Deutschland 0,4 %
 - Italien -3,6 %
 - Frankreich -8,6 %
 - Japan -9,8 %
 - USA -13,4 %
 - Deutliche Beschleunigung der Abschreibung hat viele Vorteile:⁸
 - Positive Effekte auf Investitionen, Beschäftigung, Lohnsumme, Konsum privater Haushalte und BIP
 - Führt auf lange Sicht zu einem größeren Steueraufkommen

1 Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)
 2 Quelle: Sachverständigenrat; im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen
 3 Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen
 4 Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen
 5 Quelle: OECD
 6 Quelle: BMF, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2024
 7 Quelle: IW
 8 Quelle: ifo-Institut 2021

VDMA-Position: Steuerreform jetzt

Die Wirtschaft braucht dringend ein modernes Unternehmenssteuerrecht: Notwendig sind eine umfassende Entschlackung der bürokratischen Pflichten und eine zügige Digitalisierung der Prozesse im Steuerverfahren. Die Körperschaftsteuersenkung muss vorgezogen und die Verlustverrechnung dringend überarbeitet werden. Neue Substanzsteuern darf es nicht geben!

- Deutliche Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung (Vor- und Rücktrag); dauerhafte Entschärfung der Mindestgewinnbesteuerung
- Wachstum durch Innovations- und Investitionsanreize stärken
 - Degressive Abschreibung verstetigen
 - Stärkung des Erfolgsmodells „Forschungszulage“: Effiziente, bürokratiearme Verfahren, Entdeckelung und höherer Fördersatz
 - Zusätzliche Steuereinnahmen durch Wachstum generieren
- Beschlossene Senkung der Körperschaftsteuer darf nicht erst ab 2032 voll wirken; wirtschaftliche Lage gebietet das Vorziehen
- Keine verteilungspolitisch motivierte Substanzbesteuerung (Vermögen, Erbschaften)
- Zügige Senkung des Thesaurierungssatzes des § 34a EStG und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung
- Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Grundlegende Reform der Gewerbesteuer; mindestens aber Angleichung der Bemessungsgrundlage an die KSt/EST
- Modernisierung des Unternehmensteuerrechts
 - Abbau der Steuerbürokratie durch mehr Digitalisierung und Pauschalierung
 - Umsetzung der im Abschlussbericht der Expertenkommission „Vereinfachte Unternehmensteuer“ skizzierten Maßnahmen
 - Aussetzung der globalen Mindestbesteuerung (Pillar II)
 - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
 - Marktgerechte Verzinsung von Pensionsrückstellungen

Technikpolitik

Daten und Fakten

- Binnenmarkt
 - Über 30 Vorschriften zur CE-Kennzeichnung sind die Basis für den Erfolg des Binnenmarkts durch einheitliche Anforderungen
 - Der Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten (New Legislative Framework) ist seit 2008 in der Anwendung, seine Grundsätze sind seit über 30 Jahren in der Praxis bewährt
 - 90 % der Maschinenbauunternehmen sehen die digitale Betriebsanleitung als gute Lösung und befürworten eine Ausdehnung auf alle Vorschriften zur CE-Kennzeichnung
 - Marktüberwachung weiter stärken: 2024 gab es 4.137 Warnmeldungen im Safety-Gate-Netzwerk, die 4.279 Folgemaßnahmen auslösten¹
 - In bestimmten Produktbereichen erfolgt die Einfuhr zu über 80 % ohne Benennung eines europäischen Ansprechpartners für die Marktüberwachungsbehörde
 - Cybervorfälle sind mit Abstand das größte Geschäftsrisiko und seit 2022 auf Platz 1 der TOP 10 Geschäftsrisiken weltweit²
- Mindestens 90 % der Maschinenbauunternehmen sind vom Cyber Resilience Act betroffen, da Maschinen und Maschinenanlagen häufig über das Internet kommunizieren
- Über 800 Normen reflektieren den Stand der Technik, damit haben Normen eine wichtige Funktion für die Legal Compliance
- Beseitigung technischer Handelshemmnisse
 - Jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist betroffen
 - Marktvolumen von 112 Mrd. €³ allein in Deutschland
 - Ca. 83 % der Maschinenbauprodukte werden exportiert und stehen damit im globalen Wettbewerb
 - In einigen Sektoren werden 80 % der Normen auf internationaler Ebene erarbeitet, daher ist die internationale Anschlussfähigkeit von zentraler Bedeutung für den Maschinenbau

VDMA-Position: Geeigneter Rechtsrahmen für Zukunftsmärkte

Der Maschinenbau ist ein wichtiger Partner zur Gestaltung der Zukunft. Die Digitalisierung ist ein Motor im Maschinenbau und Teil der Innovationsfähigkeit der Branche. Maschinenbauunternehmen dürfen nicht mit Bürokratie überfordert werden, wie das bei einer Reihe von laufenden und geplanten Gesetzgebungsaktivitäten zu befürchten ist.

- Einbeziehung des Maschinenbaus bei anstehenden Gesetzgebungsinitiativen, damit Umsetzungsaspekte hinreichend berücksichtigt werden; Förderung der Kohärenz geplanter Vorschriften
- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch europäische Normen, die internationale Anerkennung genießen; Revision der EU-Normungsverordnung dazu gezielt nutzen
- Marktüberwachung weiter stärken: Mehr Vollzug für den fairen Wettbewerb, Verbesserung des Level-Playing-Fields
 - Nutzung des digitalen Produktpasses (DPP), um mehr Schlagkraft bei der Marktüberwachung zu erreichen
 - Für Marktüberwachung gibt es keinen Ersatz, da Dritt Zertifizierung diese Lücke nicht füllen kann
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Marktzugangsbedingungen
 - Erhalt der internationalen Anschlussfähigkeit europäischer Normen
 - DPP über harmonisierte Normen produktspezifisch gestalten
 - Keine Pflicht zur Hinzuziehung von externen Prüfstellen für den DPP sowie Daten für den DPP
 - Erfolgsgeschichte des Rechtsrahmens zur Vermarktung von Produkten – New Legislative Framework (NLF) – weiterentwickeln und dabei die Chancen der geplanten NLF-Revision nutzen
- Entlastung mittelständischer Unternehmen für mehr Innovationskraft; Keine Dritt Zertifizierung und Abbau von Bürokratie

¹ Quelle: EU-Kommission

² Quelle: Allianz Risk Barometer 2025

³ Quelle: Statistisches Bundesamt

Umwelt und Nachhaltigkeit

Daten und Fakten

- Umwelttechnik (Deutschland)¹
 - Umweltschutzbezogene Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2023): 89,6 Mrd. €, darunter Maschinenbau 26,1 Mrd. €
 - Anstieg der Einheiten mit umweltschutzbezogenen Umsätzen um 5 % von 9.684 (2022) auf 10.216 (2023)
 - 405.313 Beschäftigte arbeiteten 2023 für den Umweltschutz, darunter 20 % im Maschinenbau
- Regelsetzung
 - Anstieg der delegierten und Durchführung-Rechtsakte der EU in der letzten Legislaturperiode 2019–2024 auf 5.755 (im Vgl. Legislaturperiode davor: 3.101), davon viele im Bereich des Green Deals²
 - Anzahl und Komplexität von produkt-, chemikalien- und abfallrechtlichen Anforderungen (z. B. Ökodesign, Stoffbeschränkungen) in der EU und in Drittländern steigt kontinuierlich
- Die ÖkodesignVO definiert erstmals den Begriff der SOC (Substances of concern) mit einer noch unbekannten, nach oben offenen, Anzahl von Stoffen, schätzungsweise mehr als 12.000; aktuell 250 besonders besorgniserregende Stoffe auf der SVHC-Kandidatenliste, Tendenz steigend³
- Im Jahr 2023 stammten 11,8 % der in der EU verwendeten Materialien aus recycelten Materialien⁴
- Die starke Zunahme von Berichts- und Sorgfaltspflichten aus dem Green Deal binden viele Kapazitäten und sind kostenintensiv: Deutschland verzeichnete im Juli 2024 einen Rekordanstieg des Bürokratiekostenindex um 2,4 %, was über 1,5 Milliarden Euro an jährlicher Mehrbelastung entspricht.⁵ Dieser Anstieg wird direkt auf die Einführung der CSRD zurückgeführt.
- 47 % der Unternehmen setzen Produkte ein, die Seltene Erden aus China enthalten⁶

VDMA-Position: Weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung

Der Maschinenbau ist ein zentraler Baustein zur Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Firmen nicht mit impraktikablen bürokratischen Pflichten und Verfahren überfordert werden. Unvermeidbare Regulierungen sind unter Einbezug betroffener Stakeholder transparent, sorgfältig, differenziert, abgestimmt und konsistent zu erarbeiten.

- Bestehende EU-Regulierungen, u. a. CSRD, CBAM, EUDR und die CS3D, zurücknehmen oder zumindest grundlegend vereinfachen:
 - Die EU-Kommission muss die verschobene Anwendungsfrist nutzen, um bei der bevorstehenden Überarbeitung der EUDR den bürokratischen Aufwand weiter zu reduzieren
 - Die Wettbewerbsfähigkeit der nachgelagerten Wertschöpfungskette unter CBAM sichern und Scope Erweiterung stoppen
 - Kein „Goldplating“: 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben in nationales Recht sowie schneller Abbau der übererfüllten EU-Vorgaben
- Nachhaltigkeitsregulierungen müssen auch auf die öffentliche Verwaltung zutreffen; vor Inkrafttreten sollte (z. B. im öffentlichen Beschaffungswesen) ein Praxischeck erfolgen; regelmäßige Praxischecks sollten zusätzlich auch nach Inkrafttreten erfolgen
- DPP soll Kreislaufwirtschaft fördern, muss aber Know-how schützen – „Need-to-know“-Prinzip
- Unternehmen schnell und umfangreich von Bürokratie entlasten
 - Risikobasierten Ansatz bei Stoffregulierungen (z. B. REACH) beibehalten; kein pauschales Verbot von PFAS
 - Weltweite Vereinheitlichung des „Material Compliance“-Reportings; administrativ praktikable Instrumente für die Lieferkettenkommunikation
 - Umweltrechtliche Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen und vereinfachen
 - Sofortige Rücknahme des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), vor allem für Unternehmen, die von der CS3D nicht mehr betroffen sein werden
- Vereinfachungsmaßnahmen auf EU-Ebene (z. B. Omnibusverfahren) sind ein wichtiges Instrument, gesetzliche Regelungen der EU zu vereinfachen und zu entbürokratisieren; dieser wichtige Prozess muss auf EU-Ebene verstetigt werden

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt

² Quelle: EU-Kommission

³ Quelle: ECHA

⁴ Quelle: Eurostat

⁵ Quelle: Destatis

⁶ Quelle: VDMA, 2025

Zukunftsfähiger Staat

Daten und Fakten

- Starke Selektivität der Finanzhilfen des Bundes¹
 - Subventionsvolumen 2024 (geschätzt) 285 Mrd. €
 - Finanzhilfenvolumen des Bundes 2024 liegt ca. 50 % höher als 2022
 - Über 46 % aller Finanzhilfen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren oder Branchen
 - 77 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur drei Sektoren², 65 % allein auf den Verkehr
 - 40 % der Finanzhilfen sind branchenübergreifend; zuletzt starker Anstieg durch Aufstockung der Umwelt- und Energiesubventionen
 - Umweltpolitische Finanzhilfen mit 42,6 Mrd. Euro höher als Verkehrssubventionen (38,0 Mrd. Euro)
- Bürokratiekosten in Deutschland
 - Durch Bürokratie entgehen Deutschland jährlich bis zu 146 Mrd. Euro an Wirtschaftsleistung³
- Maschinenbau: Bürokratiekosten gemessen am Umsatz⁴ bis 6,3%
- Anstieg jährlicher Erfüllungsaufwand 2011 – 2025⁵ 13,2 Mrd. €
- Staatsquote (2025)⁶ 50,3 %
- Umverteiler Staat⁷
 - Sozialleistungen pro Kopf (2024) ca. 16.000 €
 - Sozialleistungsquote vom BIP (2024) 31,2 %
- Staatsverschuldung (2025)⁸ rund 2,55 Bio. €
 - Bund rund 1,76 Bio. € (+1,8 %)
 - Länder rund 610 Mrd. € (+0,4 %)
 - Gemeinden/ Gemeindeverbände rund 180 Mrd. € (+5,5 %)
- Zinsausgaben in Relation zu den Steuern (2025)⁸ 4,8 %
- Anteil öffentl. Bruttoanlageinvestitionen am BIP (2024)⁹ 3,1 % (132,3 Mrd. €)

1 Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Verkehr, Wohnungsvermietung
2 Quelle: ifo Institut, 2024, Betrachtungszeitraum 2015–2022
3 Quelle: IfM, Impuls-Studie: Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau – Folgestudie, 2025
4 Quelle: Normenkontrollrat; Berichtszeitraum Juli 2011 bis Juni 2025
5 Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
6 Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt, geschätzte Werte
7 Quelle: Sachverständigenrat, Statistisches Bundesamt, Stand 30.06.2025, Veränderungen zum 31.12.2024
8 Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte, in jeweiligen Preisen

VDMA-Position: Marktkräften vertrauen

Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger allgemeiner Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, in dem Unternehmen eigenverantwortlich um die besten Lösungen konkurrieren. EU, Bund, Länder und Kommunen müssen effizient wirtschaften, Ausgaben priorisieren und Opportunitätskosten bedenken.

- Ordnungspolitischen Rahmen setzen statt vertikaler Industriepolitik
 - Staat soll Regeln setzen und Schiedsrichter sein
 - Technologieneutraler Wettbewerb um Innovationen
 - Mittelstand als Rückgrat der Industrie stärken
 - Exitstrategien für staatliche Beteiligungen von Beginn an
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau; Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen, insbesondere klimaschädlicher Art
- Subventionen (CAPEX und OPEX) nur in begründeten Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, transparent, mit wettbewerblicher Vergabe und laufender Erfolgskontrolle sowie angemessenen Eigenanteilen
- Wachstumsbremsen lösen durch entschlossenen Bürokratieabbau, E-Government sowie verbesserten Zugang zu Wagniskapital
- Ehrgeizige Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Schuldenbremse verfassungskonform einhalten, Verteidigungsausgaben perspektivisch wieder voll erfassen
 - 500 Mrd. Euro „Sondervermögen“ für zusätzliche Investitionen nutzen und auf verfügbare Kapazitäten abstimmen
 - Staatsquote perspektivisch auf max. 40 % des BIP deckeln
 - KfW-Auftrag nicht überdehnen
 - Anteil der Sozialausgaben am BIP darf nicht weiter steigen
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Substanzerhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Energie, Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
 - Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter <https://vdma.eu/wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik>

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin, das VDMA-Europabüro in Brüssel gegenüber der EU-Politik.

Für **inhaltliche Fragen** stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung:

Dr. Florian Schneider
+49 69 6603-1218
florian.schneider@vdma.eu

Dr. Johannes Gernandt

Florian Scholl

Patrick Vaupel

ADVANCING EUROPE'S
MACHINERY INDUSTRY

VDMA

Lyoner Straße 18
60528 Frankfurt am Main
+49 69 6603-0
www.vdma.eu
www.x.com/VDMAonline
www.linkedin.com/company/vdma



vdma.eu

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95
10117 Berlin
+49 30 306946-0
berlin@vdma.eu
www.vdma.eu/berlin

VDMA European Office

Av. de Tervueren 188A
1150 Brüssel
+32 27 06 82 05
european.office@vdma.eu
www.vdma.eu/euro